

# Westerwälder Zeitung

Amtliches Kreisblatt des Oberwesterwaldkreises.

Erscheint Dienstags, Donnerstags und Samstags.  
Wöchentliche Freibeilage: Landwirtschaftliche Mitteilungen.  
Schriftleitung und verantwortlich: C. Ebner, Marienberg.  
Postfachkonto: Frankfurt a. M. 195 24.

Druck und Verlag der  
Buchdruckerei Carl Ebner in Marienberg.

Fernsprech-Anschluss Nr. 87.  
Telegraphische Adresse:  
Zeitung Marienberg-Westerwald.

Bezugspreis: vierteljährlich 2,55 Mk. monatlich 85 Pfg.; durch die  
Post: vierteljährlich 2,40 Mk., monatlich 80 Pfg. ohne Bestellgeld.  
Anzeigen: Die 6 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg.,  
die 3 gesp. Reklamezeile 50 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt.

Nr. 125.

Marienberg, Samstag, den 30. November 1918.

71. Jahrgang.

## Amtliches.

Arbeitsuchende sowie Firmen, Handwerker usw., die Stellen anzubieten haben, wenden sich zweckmäßig an die Kreisarbeitsnachweisstelle beim Landratsamt in Marienberg (Zimmer 11). Die Kreisarbeitsnachweisstelle ist dem Kreisarbeitsnachweis in Limburg a. L. angegliedert.

## Aufruf!

An die Bevölkerung des Kreises.

Es ist uns wiederholt zu Ohren gekommen, daß einzelne Landwirte, sogar ganze Gemeinden sich weigern, unter den jetzigen, veränderten Verhältnissen Lebensmittel für die Allgemeinheit abzuliefern. Wir brauchen wohl nicht besonders darauf hinzuweisen, daß dieses Gebahren auf das schärfste zu verurteilen ist und das Gemeinwohl in der schlimmsten Weise schädigt.

In der jetzigen Zeit, in der Hunderttausende unserer tapferen Brüder und Kameraden zurückkehren, die seit fast 4 1/2 Jahren die schrecklichsten Leiden und Entbehrungen erduldet, mit ihren Leibern unsere heimatische Scholle beschützt und vor Verwüstung bewahrt haben, wollt ihr doch nicht diese bedauernswerten Menschen dem Hunger preisgeben? Das kann und darf euer Ernst nicht sein. Soll Ruhe und Ordnung in unserem Vaterlande herrschen, dann gebietet es die heiligste Menschenpflicht, die Allgemeinheit, namentlich aber unsere tapferen Krieger mit ihren Angehörigen nicht im Stich zu lassen. Sie haben für die Heimat geblutet, gelitten und gedurft. Sie dürfen nicht untergehen, sondern sollen leben.

Wenn trotz aller eindringlichen und wohlgemeinten Mahnungen die Ablieferung der Lebensmittel weiter zurückgeht, anstatt sich zu bessern, dann bleibt nichts anderes übrig, als wie bisher Zwangsmahregeln walten zu lassen.

Die Bevölkerung ist dann selbst schuld daran, wenn der verhasste Zwang wiederkehrt.

## Der Arbeiter- und Bauernrat des Oberwesterwaldkreises.

Die Herren Bürgermeister des Kreises werden ersucht, vorstehenden Aufruf auf ortsübliche Weise bekannt machen zu lassen.

## Aufruf

an die heimkehrenden Soldaten!

Kameraden! Beachtet bei der Ankunft auf dem Bahnhof die Plakate! Sie sagen Euch, wo ihr schnell-

stens die nötigen Lebensmittelmarken oder Euer Essen selbst bekommt, wo ihr Unterkunft findet, wo der nächstgelegene Arbeitsnachweis ist. Alle Vorkehrungen gegen Arbeitslosigkeit sind getroffen. Für den äußersten Fall seid ihr durch Erwerbslosenunterstützung sicher gestellt. Der Arbeitsnachweis sagt Euch näheres.

Vergeht Eure Gesundheit nicht! Krankheit gefährdet mit Euch auch alle die, zu denen ihr heimkommt. Ihr habt freie ärztliche Versorgung. Seht Plakate am Bahnhof.

Sucht Entlausungsanstalt und Bäder auf, ehe Ihr ins eigene oder fremde Quartier einzieht. Seht Plakate am Bahnhof.

Vermeidet die großen Städte! Ihr findet anderwärts bessere Ernährung und Unterkunft. Kehrt aufs Land zurück! Ihr findet dauernde Beschäftigung in der Landwirtschaft, die nur mit genügenden Arbeitskräften die Ernährungslage verbessern kann. Besondere Ordnung und einschränkende Koalitionsrecht für Landarbeiter sind gefallen. Nichts braucht Euch mehr vom Lande fern zu halten. Große Ansiedlungen sind in Vorbereitung.

In den ersten Wochen werden dringend Arbeitskräfte für die Verkehrsmittel (Eisenbahn, Lokomotivrenparatur und Lokomotivbau) und für die Kohlenbergwerke gebraucht. Näheres erfahrt Ihr beim Arbeitsnachweis.

Soldaten! Bedenkt, daß Eure Entlassung nicht auf einmal erfolgen kann. Die Reihenfolge wird durch die wirtschaftlichen Notwendigkeiten bestimmt. Zuerst die Arbeiter der Transportanstalten und des Bergbaus, die Angestellten der Arbeitsnachweise und Gewerkschaften, das Personal der Gas-, Wasser- und Kraftwerke; jüngere Jahrgänge später als die älteren Verheirateten vor den Unverheirateten. Die Ordnung muß eingehalten werden.

Kameraden! Kehrt Eurer Säten würdig heim! Sorgt alle selbst dafür, daß keine Schande auf Eure in unglücklichen Schlachten unverletzte Ehre fällt! Bringt deutsche Pflichttreue und Ordnung, freudige Kameradschaftlichkeit, die Ruhe des Feldsoldaten heim.

Mit Euch, Ihr endlich Heimkehrenden, erbaut sich das ganze Volk in freudiger Friedensarbeit die neue Welt. Seid willkommen!

## Abschrift.

Eisenbahndirektion.  
IV. 14. V. 25.

Frankfurt a. M., den 21. Nov. 1918

## Telegrammbrief.

An sämtliche Bahnhöfe, Fahrkartenausgaben, Reisebüros, Verkehrs- und Betriebsämter — je besonders. —  
Nachdem der Staatskommissar für Demobilisierung das Verlassen des linksrheinischen und des der Besetzung

unterworfenen Teils des rechtsrheinischen Gebietes einschl. des 10 km breiten Streifens verboten hat, dürfen westlich der Linie, die durch die Stationen Oberhausen—Mülheim (Ruhr) Keitwig, Barmen—Kadevormwald—Egerpohl—Dieringhausen—Bentorth—Herchen—Obererbach—Fehl-Ritthausen—Runkel—Ufingen—Holzhausen (Oberhessen)—Vortelweil—Gronau—Bischofsheim—Rumpenheim—Mülheim (Main)—Zieber—Oberrodern—Dieburg—Groß-Zimmer—OberRamstadt—Zwingenberg (Hessen) gebildet wird, Fahrkarten nach diesen Stationen selbst und darüber hinaus nur noch gegen Vorweis eines Erlaubnis-scheines verabsolgt werden. Die Erlaubnis-scheine werden von den Ortspolizeibehörden ausgestellt und zwar nur für wirklich dringende Reisen wie beispielsweise Berufsreisen im öffentlichen Interesse, bei Tod und schwerer Erkrankung der nächsten Angehörigen.

Ausgenommen von dieser Beschränkung ist der Arbeiter- vorverkehr auf Rückfahr- und Wochenkarten, der Berufsverkehr auf Zeitkarten und Verkehr auf Schülermonatskarten; jedoch werden Monatskarten nur noch gegen Rückgabe der abgelassenen Karten verabsolgt, wenn den Fahrkartenausgaben nicht bekannt ist, daß der Reisende schon seither ständig Inhaber einer Monatskarte gewesen ist.

Der Verkauf von Fahrkarten durch Automaten nach Stationen über obengenannte Sperrlinie hinaus ist einzustellen.

Gepäck- und Expressgutverkehr aus dem Sperrgebiet über die vorbezeichnete Linie hinaus in östlicher Richtung ist bis auf weiteres ausgeschlossen. Ebenso ist die Mitnahme von Handgepäck auf 1 Stück beschränkt. Militärgepäck unterliegt der Sperte nicht. Auch können einzelne, für die Volksernährung besonders wichtige, leicht verderbliche Produkte, deren Beschaffenheit schnellste Beförderung erfordert, in dringenden Fällen weiterhin als Expressgut angenommen werden.

Reisen der Militärpersonen, sowie Reisen der Zivilbevölkerung innerhalb des Sperrgebietes selbst sind unbeschränkt zulässig. Auch die Reisen in das Sperrgebiet sind, unbehindert, jedoch sind die Reisenden darauf aufmerksam zu machen, daß die Rückreise nur nach den vorstehenden Bestimmungen erfolgen kann.

gez. Reuleaux.

Der Regierungspräsident.

S. R. 42.

Wiesbaden, den 23. November 1918.

Abdruck unter Bezugnahme auf meine Verfügung vom 16. d. Mts. P. 399 zur gefälligen Kenntnis und schleunigen weiteren Veranlassung.

Die Reiseerlaubnisscheine sind nach folgendem einheitlichen Vordruck auszufertigen:

## Die Tapferkeitsmedaille.

Roman von F. v. Nauheim.

38

„Alsdann, der Bub hat noch immer nix hören lassen, oder hat er Deiner Magdalene geschrieben? Sigt es, Lindenhofbauer, wenn Du mir nur gefolgt hättest damals! Habe ich Dir nit gesagt, Du würdest noch bereuen, daß —“

„Ich bitte Dich, Mosburgerin,“ unterbrach er sie barsch, „sing mir nit allweil sell alte Litanen vor! Kein damisch könnstest ein' machen damit. Muß mich schon genug mit dem Madel gisten, umgeht sie in Haus wie eine Nachtwandlerin und alle Daumlang steckt es unten bei der Steinbichlerin.“

„Ja, zu sell altem Weib kann sie den Weg finden, zu mir, der künftigen Schwiegermutter, da hat sie keine Zeit nit, Meiner Seele und Gott, wenn der Mensch, der Andreß, nit tot wäre, frei müßte ich mir denken, daß sie —“

„Rede nit aus, Mosburgerin,“ unterbrach sie, seine Hand schwer auf ihren Arm legend und ihr mit funkelndem Blick ins erregte Antlitz sehend, Traunegger ans neue — „na, rede lieber nit aus! Den Michael Traunegger seine Einzige mit dem in Verbindung zu bringen, wäre die hellste Narrerei; ehender sähet ich sie tot vor mir auf dem Schragen liegen, ehe ich — das zugeben täte. Sakra hinein, Mosburgerin,“ seine Stimme klang heiser und beinahe wild schüttelte er die nervigen, braunen Fäuste, „meine Magdalene, die reichste Dirn rundum — und sell Bettelbub? Riegel mich nit noch mehr auf, ich sage es Dir, mache mich nit allweil wild mit Deine halben Reden! Oder — weisht Du eppa etwas? Rede, ich will es haben! Verstanden?“

Berschüchtert, mit scheuen Augen schaute die Frau in des Bauern zornrotes Gesicht, dann streckte sie beruhigend die Hand nach ihm aus.

„Bist Du ein Wilder!“

„Und Du machst ein' allweil wild.“

„Aber, denk doch nur, er ist doch gar nimmer am Leben, der arme Teufel.“

„Sein Glück,“ murkte der reiche Bauer.

„Ach, Traunegger, bist denn ein Christ?“

„Christ hin, Christ her; bei manche Sachen hbet sich auch

das Christentum auf. Also, reden sollst,“ brauste er neuerdings auf. „Aber komme mir nit wieder mit so halbete Wörtern!“

„Also schau, Lindenhofbauer,“ fing sie nun, wie nach den richtigen Worten suchend, zögernd zu reden an, mein Voisl war noch lang nit fort in den Krieg, da ist mit Deine Magdalene schon nit recht richtig vorgekommen und, no ja, man darf es an Ende dem Voisl nit einmal übernehmen —“

„No, die Geschichte wird ja allweil schöner — und wenn Du vielleicht meinst, mir müßte alles recht sein, da irst Dich ein wengerl.“

„No, no, nur geschiet sein, Traunegger! Also ich müchte Dir einen guten Rat geben: Rede mit Deiner Magdalene ein ernstes Wörtel! Sie muß doch einen Grund haben, wenn sie baruch nit heiraten will?“

„Sell ist alles Unsinn; ich warte nur noch die Antwort vom Voisl ab, nachher muß sich die Geschichte drehen. Lange passe ich aber nimmer zu, mir könnste vielleicht die Geduld ausgehen. So, und jetzt'n muß ich heimfahren.“

Eine Stunde später ließ die Mosburgerin auch einspannen, um in den Markt zu fahren, wo sie, wie sie sagte, Besorgungen zu machen hatte. Im „goldenen Löwen“ ließ sie einstellen und, nachdem sie, nur schandenhalber, denn Hunger hatte sie keinen, eine Jause genommen, ging sie schnurgerade auf das einsam gelegene kleine Häuschen zu, das von der Kräuter-urschei und deren Tochter bewohnt wurde.

Als die reiche Bäuerin nach etwa einer Stunde das Häuschen wieder verließ, lag wohl auf ihrem vollen, roten Antlitz etwas wie Beschämung und Verlegenheit, aber ihre dunklen Augen blickten zufrieden und in der ihr eigenen selbstbewußten Haltung lehnte sie in ihr Absteigequartier zurück.

„No, Voisl, Du machst Deine Sachen gut,“ neckten seine Kameraden, als er wieder eine Feldpostkarte erhielt. „Wie viele Dirndl hast denn zu Haus sitzen lassen, he? Wir sind froh, wenn wir eins nur haben, das uns gern hat.“

„Nüht mir es halt nachmachen,“ meinte der Voisl stolz und blies die Waden auf; seids Ihr Reibhammel!“ Damit nahm er eilig die Karte an sich, in der festen Zuversicht, daß

diesmal Burgei geschrieben, doch abermals sah er sich enttäuscht: nicht Burgei, sondern die Braut des Hahelhofers-Ferdl die Sefel war die Schreiberin der Karte und was die Karte am Schluß enthielt, ließ Voisl im ersten Moment fast zur Salzfäule erstarrten.

„Ja, und was ich Dir nun schreiben muß,“ hieß es da. „Deinen Gruß an die Burgei habe ich nimmer ausrichten können, denn sie ist auf einmal fort aus dem Markt und keine Seel weiß, wohin. Ihr Mutter hat nur gesagt, sie sei in einen Dienst suchen gegangen; wo, darüber wüßte sie selber noch nichts. Wenn es Dich verintereffieren täte, zu wissen, warum die Burgei so auf einmal fort ist, kann ich Dir nur raten, Deine Magdalene zu fragen, die mit der Burgei in Freundschaft ist. Meinen Ferdl laß ich grüßen, er soll bald schreiben, mir ist soviel bang um ihn.“

Jetzt kam Leben in den jungen Mosburger.

„Ach, da schau her, sell ist nit schlecht: ich meine, fortgeschickt haben sie das arme Dirndl. Fir Laudon!“ er schüttelte die Fäuste und sein Gesicht wurde puterrot, „aus dem Weg haben sie mir die Burgei geräumt, weil ihnen die Grausbiren aufgestiegen sind, ich künnte am Ende eine Dummeheit machen!“

Er müßte sich sehen, denn er hatte plötzlich die Empfindung, als drehe sich alles um ihn im Schützengraben, und er griff sich mit der Hand an die Stirn.

„A na, na, sell ist nit wahr, und ich darf doch keinen schlechten Reel machen. nur so tribulieren lasse ich mich nit; Himmel, Herrgott,“ er zappelte jetzt förmlich vor brennender Ungebuld, „wenns nur gleich losgang, damit ich mein Trummjorn auslassen könnte! Die Burgei ist fort, no kann ich mir sie suchen; und an all dem ist nur meine Riesendummheit schuld; die Adressen, wenn ich nit verwechselt hätte, war das Madel noch schön daheim und müßt nit herumwandern in der Welt. Ich könnte mir gleich selber den Schädel abreiben, wenn es nur gang und was nutzen tat. Meine Mutter und der Alte sind geschwind gewesen. Aber die Ballnerin muß doch wissen, wohin ihr Madel ist, und standepeda wird geschrieben; jetzt kann ich tun, was ich will, und das Madel muß wieder zurück an Ort und Stelle.“

**Reiseerlaubnischein.**

Dem Inhaber dieses wird hiermit die Erlaubnis zur einmaligen Reise von Station nach Station den 1918. (Stempel der Ortspolizeibehörde.) (Unterschrift) Ein solcher Erlaubnischein ist nicht erforderlich für die in Absatz 2 des vorstehenden Schreibens der Eisenbahn-Direktion erwähnten Reisen.

In Vertretung: Rötter.

Wird bekanntgegeben. Die Ortspolizeibehörden haben Reiseerlaubnischeine nur in dringlichen und wichtigen Fällen auszustellen, damit jede unnötige Belastung der beschränkten Transportmittel vermieden wird.

Marienberg, den 28. November 1918.

Der Landrat. Ulrich.

**Telegramm.**

Für durchmarschierende Truppen Bereithaltung von Koch- und Wärmeholz bei jeziger kalter Witterung dringend erbeten.

A. O. R.

**Telegramm.**

Es wird gebeten Anordnungen zu treffen, daß schadhafte Stellen an den von West nach Ost durchlaufenden großen Straßenzügen umgehend ausgebessert und dauernd in Stand gehalten werden.

A. O. R.

Marienberg den 29. Nov. 1918.

An die Ortspolizeibehörden des Kreises.

Ich ersuche, den in den vorstehenden beiden Telegrammen ausgedrückten Wünschen zu entsprechen. Vor allen Dingen ist es dringend erforderlich, daß größere Beschädigungen an den Straßen sofort wieder ausgebessert werden. Vor Inangriffnahme der Arbeiten ersuche ich, sich mit den Landeswegemeistern in Verbindung zu setzen.

Der Landrat. Ulrich.

**Wichtig für alle männlichen Personen, die am 2. August 1914 das 45. Lebensjahr noch nicht erreicht hatten.**

Um nachträglich keinerlei Schwierigkeiten zu haben, ist es dringend erforderlich, daß jeder welcher noch nicht eine Entlassungsbescheinigung besitzt, in welcher ausdrücklich betont wird, daß er infolge Demobilmachung „vom Heeresdienst entlassen“ ist, sich sofort eine solche Entlassungsbescheinigung vom zuständigen Bezirkskommando ausstellen läßt. Das gilt auch für alle jene am 2. August 1924 noch militärpflichtigen Personen, die zu keinerlei Heeresdienst eingezogen oder durch ihre Tätigkeit zurückgestellt waren. Die Befolgung dieser Anordnung ist von größter Wichtigkeit für jede männliche Person im wehrpflichtigen Alter, ganz besonders in dem Ländchen zu besetzenden Gebiete. Die durch Generalkommando-Versetzungen als zur Arbeitsaufnahme oder als dienstunbrauchbar Entlassenen, oder infolge eines D.M.-Verfahrens vorläufig vom Wehrdienst Befreiten, bedürfen ebenfalls dieses Entlassungscheines. Die Wörter: „Vom Heeresdienst entlassen“ müssen ausdrücklich in dem Entlassungschein enthalten sein. Scheine, welche nur den Vermerk tragen: „Infolge Demobilmachung entlassen“, sind nicht gültig.

Marienberg, den 28. Nov. 1918.

Der Landrat. Ulrich.

Marienberg, den 28. Nov. 1918.

**Betr. Pferde pp. — Versteigerungen.**

Zu den in den einzelnen Orten notwendig werdenden Versteigerungen sind nur Interessenten aus Landwirtschaft, Industrie, Handel und Gewerbe zuzulassen. Händlern ist die Teilnahme an den Versteigerungen untersagt. Jeder Teilnehmer an den Versteigerungen, soweit er den Ortspolizeibehörden nicht genau bekannt ist, muß durch Vorlage eines behördlichen Ausweises darthun, daß er das Pferd zum eigenen Gebrauch benötigt und nicht Händler ist.

Der Landrat. Ulrich.

Marienberg, den 29. September 1918.

**Betr.: Verabfolgung von Futtermitteln an die durchmarschierenden Truppen.**

Die Herren Bürgermeister mache ich ausdrücklich darauf aufmerksam, daß Futtermittel (Hafer und Heu) an die durchmarschierenden Truppen nur in Fällen dringender Not und dann nur in solchen Mengen verabfolgt werden dürfen, die nach dem Aufenthalt der Truppen in der betreffenden Gemeinde und den Weg bis zum nächsten Quartier bemessen werden weil sonst den zuletzt durchmarschierenden Truppen nichts mehr verabreicht werden kann. Ueber sämtliche verabfolgte Futtermittel, auch wenn sie gegen Bezahlung überlassen werden, sind von den Truppen ordnungsmäßige Empfangsbescheinigungen zu fordern. Ohne diese Empfangsbescheinigungen kann eine Berücksichtigung der abgegebenen Futtermittelmengen bei der Lieferung an den Kommunalverband nicht erfolgen.

Der Landrat. Ulrich.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

**Betrifft: Berichterstattung der Herren Bürgermeister über die Einquartierungen.**

Von jetzt ab kann die angeordnete tägliche telegrafische oder telefonische Berichterstattung unterbleiben. Der angeforderte schriftliche Bericht muß jedoch in der angegebenen Weise nach jeder Einquartierung erstattet werden. Diese schriftlichen Berichte sind deshalb besonders wichtig, weil demnächst, wenn es sich darum handeln wird, die Kosten der Einquartierung usw. zur Erstattung bei der Reichs-

kasse anzumelden, die Berichte wertvolle Unterlagen darstellen, ohne die unter Umständen in Zweifelsfällen eine Rückerstattung von Kosten ausgeschlossen bleibt. Wenn also jede Gemeinde, soweit die gesetzlichen Bestimmungen es zulassen, die vorausgelagten Kosten reiflos erstattet haben will, müssen die Herren Bürgermeister der angeordneten Berichterstattung genauestens entsprechen.

Marienberg, den 28. November 1918.

Der Landrat. Ulrich.

**Sämtliche im Kreise befindlichen Einwohner von Belgien, Frankreich, Luxemburg und Elsaß-Lothringen müssen sofort in ihre Heimat zurückkehren, sofern sie nicht freiwillig die schriftliche Erklärung abgeben, daß sie ihre Rückführung nicht wünschen.**

Die Herren Bürgermeister des Kreises ersuche ich, hiernach sofort das Weitere zu veranlassen. Umgehende Berichterstattung, ob die in Frage kommenden Personen abgereist sind, ist erforderlich. Fehlanzeige unnötig. Ein Verzeichnis der betr. Personen ist mir mit dem Bericht vorzulegen.

Marienberg, den 28. November 1918.

Der Landrat. Ulrich.

Marienberg, den 28. November 1918.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Ich lasse Ihnen heute die erforderlichen Drucksachen für die am 4. Dezember ds. Js. stattfindende Viehzählung durch die Post zugehen. Etwasiger Mehrbedarf an Formularen ist umgehend bei mir anzufordern.

Hinsichtlich der Ausführung des Zählgeschäftes verweise ich auf die auf den einzelnen Zählpapieren gegebenen Anweisungen, welche genau zu beachten sind. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Zählung darf erwartet werden, daß dem Zählgeschäft, sowohl von Ihnen als auch durch die Zähler, die größte Aufmerksamkeit zugewendet wird und daß die vorgesehenen Listen mit peinlichster Sorgfalt geführt werden.

Bis zum 7. Dezember d. Js. sind mir die Reinschriften der Zählbezirkslisten C nebst den Gemeindefisten E (letztere in zweifacher Ausfertigung) pünktlich einzureichen.

Die Urschriften der Zählbezirkslisten verbleiben bei den Gemeindebehörden. Die zweite Ausfertigung der Gemeindefisten geht Ihnen nach Prüfung von hier aus wieder zu.

Der gefetzte Termin ist unbedingt einzuhalten.

Der Landrat. Ulrich.

Egb. Nr. K. G. 9137.

Marienberg, den 28. November 1918.

Die Herren Bürgermeister des Kreises ersuche ich, mir die Zahl der zuckererzeugungsberechtigten Personen bis zum 6. kommenden Monats mitzuteilen. Die Kriegesgefangenen in industriellen Betrieben sind hierbei nicht zu berücksichtigen, dagegen alle Kriegesgefangenen, die in landwirtschaftlichen Betrieben gehalten werden.

Sofern mir die Berichte nicht bis zum festgesetzten Termin zugegangen sind, wird der Zucker nach dem alten und hier bekannten Personenstand den Gemeinden überwiesen werden.

Der Kreisausschuß des Oberwesterwaldkreises. Ulrich.

Marienberg, den 22. November 1918.

Der Herr Reg.-Pr. hat die Kulturpläne der einzelnen Gemeindefaltungen für das Wirtschaftsjahr 1918/19 genehmigt. Die Kulturkosten belaufen sich für die einzelnen Gemeinden wie folgt:

	Mark.		Mark.
Alterschen	873	Lochum	880
Alpenrod	2580	Luckenbach	400
Alstadt	800	Marienberg	270
Altert	250	(Pfarrei-Marienberg	
Agelgast	330	20 Mark).	
Bellingen	512	Marzhausen	600
Berod	480	Merkelbach	567
Borod	285	Mittelhattert	290
Bölsberg	30	Mörlen	700
Bübingen	410	Mudenbach	370
Dreisbach	650	Müschbach	330
Enspel	150	Neukhausen	900
Erbach	170	Niederhattert	234
Gehler	1465	Niederwürsbach	250
Giefenhäusen	500	Nister	330
Hahn	250	Norken	900
Hardt	100	Oberhattert	657
Heimbörn	130	Oberwürsbach	140
Heuzert	175	Püschchen	300
Hinterkirchen	100	Rogenhahn	383
Hintermühlen	140	Schmidthahn	300
Höfstenbach	1055	Stangenrod	200
Hölzenhausen	115	Stein-Wingert	300
Kackenberg	50	Steinebach	400
Kirburg	500	Stöckum	150
Korb	200	Streichhausen	60
Kroppach	200	Todtenberg	171
Kundert	180	Umnau	530
Langenbach, P. Kirbg.	800	Wahlrod	535
Langenbach b. M.	70	Welkenbach	300
Langenhahn	275	Wied	605
Langenbrücken	500	Winkelbach	95
Limbach	300	Zinhain	120

Die Herren Bürgermeister ersuche ich, wegen Bereitstellung der Mittel im nächstjährigen Voranschlag das Erforderliche zu veranlassen.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses. Ulrich.

Egb. Nr. K. G. 9131.

Marienberg, den 28. Nov. 1918.

Die Herren Bürgermeister des Kreises bitte ich, mir die Anzeige über die Bevölkerungsbewegung in der Zeit vom 1. September bis zum 30. November 1918 pünktlich bis zum 1. Dezember einzureichen. Die für die Ausfüllung des Fragebogens erforderlichen Ermittlungen ersuche ich einwandfrei durchzuführen und insbesondere der Beantwortung der Frage 4 die größte Aufmerksamkeit zu schenken.

Der Kreisausschuß des Oberwesterwaldkreises. Ulrich.

Marienberg, den 23. Oktober 1918.

**Bekanntmachung.**

Gemäß §§ 68 und 69 der Kreisordnung vom 7. Juni 1885 ist die Verteilung der Kreistagsabgeordneten auf die einzelnen Wahlverbände, die Bildung von Wahlbezirken für die Landgemeinden, sowie die Verteilung der Abgeordneten der Landgemeinden auf dieselben, desgleichen die Verteilung der städtischen Abgeordneten, einer Revision unterzogen und von dem Kreistage in seiner Sitzung am 22. d. Mts., wie die nachstehend abgedruckten Anlagen 1, 2 und 3 ergeben, festgestellt worden.

Gegen die Feststellung steht den Beteiligten innerhalb einer Frist von 2 Wochen nach Ausgabe dieses Blattes die Klage bei dem Bezirksauschuß zu Wiesbaden zu.

Der Kreisausschuß des Oberwesterwaldkreises. Ulrich.

**Bekanntmachung.**

Mit Bezugnahme auf den Erlaß der neuen Reichsregierung — abgedruckt in Nr. 269 des deutschen Reichsanzeigers, wonach alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften fortan nach den gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht vollzogen werden sollen, wird von der Vornahme der diesjährigen Kreistagsergänzungswahlen bis zur neuen gesetzlichen Regelung abgesehen.

Die bisherigen Kreistagsabgeordneten bleiben daher einstweilen noch im Amte.

Marienberg, den 27. November 1918.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses. Ulrich.

J. Nr. K. U. 14453.

Marienberg, den 27. November 1918.

An die Herren Bürgermeister und Fleischbeschauer des Kreises.

**Preis für Speck aus Hauschlachtungen 1918/19.**

Die an den Erzeuger für Speck aus Hauschlachtungen 1918/19 zu zahlende Vergütung ist auf 3,50 Mk. für das Pfund angefangenen Rückenspeck und Flomen festgesetzt worden.

Der Speck ist wieder wie im Vorjahre an die Sammelstellen:

1. Mehlgermeister Karl Balbus, Marienberg, oder

2. Mehlgermeister Groß, Hachenburg, abzuliefern.

Der Kreisausschuß des Oberwesterwaldkreises. Ulrich.

**Krieg und Politisches.**

**Die Friedensverhandlungen in Paris.**

Genf, 29. Nov. Es bestätigt sich, wie eine Havasnote meldet, daß die Friedensverhandlungen nicht in Versailles, sondern in Paris im Auswärtigen Amt stattfinden werden. Lloyd George wird gleichzeitig mit Wilson in Paris eintreffen. Bei der ersten Volksversammlung werden die Delegierten-Kommissionen ernennen, die die verschiedenen Fragen in allen Einzelheiten beraten und der Konferenz Bericht vorlegen werden. Die Konferenz wird dann die definitiven Beratungen beginnen. Sie wird drei Monate dauern, und die Unterzeichnung des Vertrages wird nicht vor April erfolgen. „Echo de Paris“ meldet, daß der Kongressaal in Versailles für die Nationalversammlung instand gesetzt wird, die gleichzeitig mit dem Friedenskongress tagen werde.

**Die Friedenskonferenz.**

Rotterdam, 28. Nov. Nach einem offenbar aus Paris stammenden Funkpruch wird aus Rom gemeldet: In vatikanischen Kreisen wird erklärt, daß sowohl Kardinal Gibbons wie Kardinal Mercier Wilson gebeten haben, seinem Einfluß dahin geltend zu machen, daß der Papst einen Vertreter auf der Friedenskonferenz habe, da die Friedenskonferenz aufgefördert werden solle, die römische Frage zu regeln.

Clemenceau wird nächsten Sonntag in London zu einer Konferenz mit Lloyd George und anderen Mitgliedern der Regierung über die Frage der Friedenskonferenz und Maßnahmen der Verbündeten gegen den früheren Kaiser erwartet.

**Die Solf-Krise.**

Berlin, 29. Nov. Die Beratung über die Solf'sche Angelegenheit wurde gestern nachmittag im Kabinett zurückgestellt, da wichtigere Fragen drängten. Die Nachricht daß Solf die Demission eingereicht habe, ist unrichtig. Sollte er schließlich gleichwohl sein Amt niederlegen, so wäre dies keinesfalls auf das Eisner'sche Vorgehen, sondern auf seinen Gegensatz zu Haase zurückzuführen, den dieser bereits auf der Reichskonferenz erwähnt hat und der durch das Hervortreten des Auswärtigen Amtes in der Pressekonferenz noch verstärkt worden ist. Sämtliche Beamte der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes haben sich mit Staatssekretär Solf solidarisch erklärt.

**Das Vorgehen Eisners.**

München, 29. Nov. Der Münchener Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat tagte gestern im Landtag hinter verschlossenen Türen. Wie verlautet, hielt Ministerpräsident Eisner eine Rede, in der er über seine Berliner Reise berichtete u. a. ausführte, er werde, da die Berliner Reichsleitung, die noch immer mit Männern des alten

Systems besteht sei, sich als unfähig erweise, dem Volk den Frieden zu bringen, nunmehr das Friedenswerk selbst in die Hand nehmen. Er werde bemüht sein, den Frieden für das Deutsche Reich zu erwirken. Wenn ihm dies nicht gelinge, dann wenigstens für Bayern. Die Versammlung schloß mit einer Vertrauenskundgebung für die Politik Eisners.

Uebrigens sind auch in der Zentrumspreffe, die den Ministerpräsident Eisner mit wachsender Erbitterung und persönlichen Verunglimpfungen jeder Art bekämpft, in den letzten Tagen mehrfach Stimmen laut geworden, die nach einem Sonderfrieden für Bayern rufen. Es darf aber kein Zweifel darüber gelassen werden, daß jeder Versuch, einen Sonderfrieden für Bayern etwa auf Kosten des übrigen Reiches zu erkämpfen, von der übrigen bayerischen Bevölkerung als ein unwürdiges Beginnen entschieden abgelehnt werden würde.

### Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht.

Berlin, 28. Nov. Das Ministerium für Wissenschaft und Volksbildung verordnet:

1. Die geistliche Ortschulaufsicht in Preußen ist von heute ab aufgehoben.

2. Die bisherigen Inhaber bleiben so lange im Amt, bis ihre Befugnisse durch die Kreisschulinspektionen übernommen sein werden.

3. Die Uebernahme ist unverzüglich in die Wege zu leiten und muß am 31. Dezember 1918 abgeschlossen sein.

Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

### Namensänderung des Kriegsernährungsamts in „Reichsernährungsamt“.

Die nachstehende Verordnung ist unter dem 19. Nov. 1918 erlassen worden:

Mit Ermächtigung der Reichsregierung bestimme ich hierdurch, daß das Kriegsernährungsamt fortan den Namen Reichsernährungsamt führt.

Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts  
Wurm.

### Die Ablieferung der deutschen Tauchboote.

Haag, 28. Nov. Reuter meldet aus London: 27 deutsche Unterseeboote sind in Harwich angekommen, womit die Zahl auf 114 steigt.

### Die Kaiserin in Holland.

Amsterdam, 28. Nov. Die frühere deutsche Kaiserin ist morgens in Maarsbergen bei Utrecht angekommen. Sie wurde am Bahnhof vom Grafen Bentinck empfangen und fuhr im Automobil nach Schloß Amerongen.

### Die Deutschen-Verfolgungen in Lemberg.

Lemberg, 29. Nov. Die Zahl der bei den Judenpogromen in Lemberg ermordeten Juden beläuft sich auf 1200, die der Obdachlosen auf 10 bis 12000. Den Reichsdeutschen erging es ebenfalls sehr schlecht. Am 22. früh 7 Uhr betrat eine Patrouille die Wohnung dreier deutschen Telephonisten und forderte sie auf, sofort mitzugehen. Sie wurden an eine gemeinsame Kette gelegt und durch die Straßen Lembergs geführt. Als Dank für die Behandlung mußte jeder Deutsche den Räubern einen Kuß geben. Wieviele Deutsche sich durch Flucht retten konnten ist nicht bekannt. Sicher ist, daß der deutsche Generalkonsul Heins interniert ist. Für die Juden, deutschen Polen und Galizier gibt es nur eine Rettung: Flucht aus der polnischen Hölle.

### Schlesien droht mit „Los von Berlin“.

Berlin, 29. Nov. Der Breslauer Volksrat verhandelt nach der „Voss. Ztg.“ über ein Ultimatum, das von der Berliner Regierung die sofortige Ausschreibung der Konstituante verlangt und die Auslegung der Listen verlangt. Schlesien droht im Falle der Weigerung sich politisch und wirtschaftlich von dem übrigen Preußen abzuschließen. Da in Schlesien augenblicklich das Hauptgebiet der Kohlenversorgung für Mittel- und Norddeutschland liegt, würde dieser Schritt die Kohlenfrage verhängnisvoll ausprägen.

### Kiel in Erwartung der Engländer.

Kiel, 29. Nov. Das englische Geschwader passierte am 28. Nov. morgens um 6 1/2 Uhr Skagen und wird heute nachmittags in Kopenhagen erwartet. Wie verlautet trifft das Geschwader am Sonnabend vormittags in Kiel ein.

Gouverneur Noske teilte in einer Versammlung mit, daß der Führer der zu erwartenden Entente-Kommission, der englische Admiral Browning, es ablehne mit dem Kieler Arbeiter- und Soldatenrat zu verhandeln.

### Deutsche Verluste.

Nach einer privaten, möglichst sorgfältigen Bearbeitung der deutschen Verlustlisten beträgt der Gesamtverlust bis zur Verlustliste Nr. 1284 vom 24. Oktober 1918 an Toten 1611 104, an Verwundeten 3683 143 an Verwundeten 3 683 143 und an Vermissten 772 522, insgesamt 6 066 769. Auf die einzelnen Kontingente verteilt sich dieser Verlust wie folgt:

	Tote	Verwundete	Vermisste	Insgesamt
Preußen	1262 060	2892 671	616 139	4 760 870
Bayern	150 658	363 823	72 115	586 596
Sachsen	108 017	252 027	51 787	411 880
Württemberg	64 507	155 654	16 802	236 960
Marine	25 865	28 968	15 679	70 500
	1 611 104	3 683 143	772 522	6 066 760

Wenn die noch ausstehenden Verlustmeldungen — es fehlen noch die Verlustlisten über die Kämpfe an der Westfront bis 11. November, ferner die Verluste in Palästina usw. — alle vorliegen, die jetzigen oder etwa noch bevorstehenden Bewegungen vorhanden sind und die Zahl der Verschollenen sich einigermaßen übersehen läßt, wird die Zahl der Toten noch erheblich gewachsen sein. Der Wirklichkeit sehr nahe wird die Schätzung kommen, die für diesen Krieg den Verlust der Deutschen an Toten auf rund zwei Millionen berechnet.

## Wiedereinberufung des Reichstages?

Man schreibt von parlamentarischer Seite:

„Die Entente läßt keinen Zweifel darüber, daß sie nur mit einem innerlich konsolidierten Deutschland Frieden schließen wird. Die von Wilson angeordnete vorläufige Konfirmierung der für uns bestimmten Lebensmitteltransporte ist der neueste und fühlbarste Beweis dafür. Ueber die Richtung, in der grundsätzlich die Konsolidierung Deutschlands zu erfolgen hat, sind von Wilson ebenfalls die Richtlinien gegeben und seinerzeit von uns gesamt angenommen worden; es muß eine demokratische auf das Vertrauen der Mehrheit des Volkes sich stützende Staatsgewalt vorhanden sein. Vor wenigen Wochen hat die damalige deutsche Regierung diese Wilson'sche Forderung durch die Umgestaltung der Verfassung und die Feststellung erfüllt, daß sie sich auf das Vertrauen des Reichstages als der aus dem demokratischsten Wahlrecht hervorgegangener Volksvertretung stütze. Inzwischen ist die Revolution vollzogen gegangen und hat nach dem traurigen Vorfall der „Volksbeauftragten“ ein sogenanntes „revolutionäres Recht“ geschaffen, von dem diese die Autorisation der neueren Gewalt herleiten, die sich verkörpert eigentlich nur in den Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats von Groß Berlin. Der Fortbestand des Bundesrats und des Reichstages wird bestritten und beide Faktoren als beseitigt betrachtet. Im Vollzugsrat ist gegen alle Vernunft und staatsrechtliche Möglichkeit Befehlsgewalt und Exekutive vereinigt wie die Geschichte der letzten Woche hinreichend bewiesen hat. Niemand wird behaupten können, daß bei dieser Situation von einer demokratischen Regierung, von Demokratie überhaupt die Rede sein könne. Die Voraussetzung für Verhandlungen mit dem Feinde auf der Grundlage der Wilson'schen Bedingungen ist also durch die Revolution beseitigt. Wir haben als Ersatz für die früher behauptete vermeintliche Herrschaft einer einzelnen Klasse zwei neue eine denkbar trasse Winderheitsdiktatur eingetauscht, die schon wegen ihres Charakters nicht die Gewähr der Dauer in sich tragen.“

Inzwischen hat sich herausgestellt, daß es aber auch praktisch unmöglich ist, an dieser Form der Regierung auch nur für kurze Zeit festzuhalten; und die Volksbeauftragten haben sich bereits dazu verstehen müssen, ganz ausdrücklich sich selbst zu desoludieren. In aller Form haben sie durch eine Verordnung im „Reichsanzeiger“, die die Unterschrift von Eberth und Haase trägt, den Bundesrat als weiter bestehend anerkannt und ihn in gewissem Umfang in einen Befugnissen ausdrücklich bestätigt. Für jeden Einsichtigen macht verwunderlich, denn so lange die Einzelstaaten bestehen, und sie zeigen ja zum Teil ein recht energieloses Eigenleben, ist der Bundesrat für gewisse Funktionen einfach nicht zu entbehren. Damit aber ist das sogenannte „revolutionäre Recht“ bereits in seinem entscheidenden Punkte durchbrochen. Die völlige Unklarheit und Unhaltbarkeit der Auffassung der Revolutionsregierung von den staatsrechtlichen Dingen ist damit darzulegen. Es ist daher nicht verständlich, warum an einer Fiktion weiter festgehalten werden soll die innerlich so vollkommen brüchig ist. Der Ausweg aus dieser Lage ist verhältnismäßig einfach; und er wird wahrscheinlich über kurz oder lang doch gegangen werden müssen. Wenn nicht aus eigener Erkenntnis, so unter dem Druck des feindlichen Auslandes. Er besteht darin, daß die beiden Faktoren der gesetzgebenden Gewalt, Bundesrat und Reichstag in ihre Rechte und Funktionen wieder einzusetzen, die Einflusnahme des Vollzugsrates, der aber zu diesem Zweck auch erst noch eine demokratische Basis zu stellen wäre, zu beschränken auf die Kontrolle der Exekutive, die bei den „Volksbeauftragten“ der neuen Form der kürzlich erst geschaffenen „Reichsleitung“ liegt. Der Volksbeauftragte Scheidemann selbst hat darauf hingewiesen, daß eine Volksvertretung für gewisse dringende Aufgaben unentbehrlich sei, vor allen Dingen für die notwendige Kreditbeschaffung, dann aber auch für einen endgültigen Friedensschluß.

Für diese notwendigen Aufgaben kommt die Nationalversammlung schwerlich schon in Betracht. Es wird daher gerade auch angesichts der Haltung der Feinde gar nichts übrig bleiben, als den Reichstag doch wieder zu reufen. Die Entente kann nach allem, was vorgegangen ist, mit einer reinen Diktatur in Deutschland zu keinen endgültigen Abmachungen kommen. Sie will es auch nicht, weil eine solche keine dauernden Garantien bieten kann. Da wir in Deutschland nun einmal aus Gründen, die genugsam an der Lage liegen, soweit gesunken sind, daß wir nichts tun und lassen dürfen, ohne zu fragen: was sagen unsere Feinde dazu? so werden selbst die Anhänger der augenblicklich herrschenden Winderheit vernünftigerweise auf den Standpunkt sich stellen müssen, daß es notwendig ist, geordnete staatsrechtliche Verhältnisse zu schaffen und die Staatsgewalt wieder auf den Boden der Vernunft zurückzuführen. Demokratie, nicht Diktatur ist die Forderung der Entente, ist aber auch, so lange eine gesetzmäßige Entscheidung über die künftige deutsche Staatsform nicht herbeigeführt ist, die Forderung des deutschen Volkes, und eine solche der politischen Vernunft.

## Von Nah und Fern.

Marienberg, 20. Nov. (Advent.) Mit dem vierten Sonntage vor Weihnachten beginnt die Adventszeit. Der erste Adventssonntag ist zugleich der Anfangstag eines neuen Kirchenjahres. Von ihrer früheren festlichen Bedeutung hat die Adventszeit im Laufe der Jahrhunderte viel eingebüßt, und heutzutage gemahnt nur der Text der Kirchenpredigt an ihren Eintritt. In der griechisch-katholischen Kirche ist noch heute eine Fastenzeit mit ihr verknüpft, die 40 Tage währt, aber weniger streng eingehalten wird als die sonstigen Fasten dieses Ritus.

Die Demobilisierung hat begonnen, unsere Feldgrauen kehren in die Heimat zurück. Alles kommt jetzt darauf an, das wirtschaftliche Leben wieder in Gang zu bringen, in Stadt und Land Gelegenheit zu redlicher Arbeit zu schaffen, denn Arbeitslosigkeit bringt die Gefahr von Hungersnot und Ausschreitungen. Schon sind Staat und Gemeinden am Werke, für die fortfallenden Heeresaufträge durch Inangriffnahme größerer Arbeiten und

Erteilung mannigfaltiger Aufträge Gelegenheit zu Arbeit und Verdienst zu bieten. Damit geschieht aber nicht genug; auch für den Handwerker, der an diesen öffentlichen Arbeiten keinen Anteil gewinnt, muß gesorgt werden. Deshalb ergeht außer an die öffentlichen Körperschaften auch an jeden Privatbetrieb und Haushalt der Ruf: Denkt an die Handwerker, die aus dem Felde oder aus dem Hilfsdienst heimkehren und jetzt wieder Arbeit wollen und haben müssen. In jedem Betriebe und Haushalte werden Arbeiten oder Anschaffungen vorzunehmen sein, die während des Krieges zurückgestellt waren, wird es Änderungen und Ausbesserungen geben, die schon längst hätten ausgeführt sein sollen. Jetzt ist die rechte Zeit, sie in Auftrag zu geben. Damit für den einzelnen verbundene Geldopfer müssen gebracht werden. Verlasse sich niemand darauf, daß vielleicht in wenigen Wochen die Preise niedriger sein werden. Bleiben unsere Handwerker und Geschäftsleute ohne Verdienst, so können daraus Zustände entstehen, die der Gesamtheit und jedem Einzelnen unendlich viel teurer zu stehen kommen.

(Hauschlachtungen.) Mit Rücksicht auf die Lage der Kartoffel- und Getreideversorgung hat der Staatssekretär des Reichsernährungsamts die Bundesregierungen ersucht, anzuordnen, daß die Hauschlachtungen bis zum 31. Dezember beendet sein müssen und nur in besonderen Ausnahmefällen eine Verlängerung des Termins zuzulassen ist. Die nach dem 1. Januar 1919 noch in den Beständen ohne Genehmigung befindlichen schlachtfähigen Schweine sind, abgesehen von den Zuchtschweinen, auf deren Erhaltung mit allen Mitteln hinzuwirken ist, und von noch nicht abgenommenen Vertragsschweinen, möglichst ohne Verzug zur Erfüllung der Schlachtviehmilch heranzuziehen.

(Fürsorge für Kriegsteilnehmer.) Die Handwerkskammer Wiesbaden schreibt: Die Infolge der Demobilisation heimkehrenden selbständigen Handwerker werden wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß ihnen die nachgeordneten Stellen im Bedarfsfall zur Verfügung stehen: 1. Die Handwerkskammer im allgemeinen und der Kredit bzw. Darlehnsfragen. 2. Das Handwerksamt zu Wiesbaden und Umgebung: bei Einziehung von Forderungen, bei Ordnung der Vermögensverhältnisse durch Verhandlungen mit Gläubigern, Einführung der Geschäftsaufsicht usw. 3. Die Kreisverbände des Gewerbevereins für Nassau: wie zu Ziffer 2, für die übrigen Kreise des Kammerbezirks mit Ausnahme von Frankfurt a. M. 4. In Frankfurt a. M. wenden sich alle in Frage kommenden Handwerker, am besten an die Nebenstelle der Handwerkskammer „Handwerksamt zu Frankfurt a. M., Saalgasse 33. Wir empfehlen von diesen Stellen im Bedarfsfälle Gebrauch zu machen. Wo ein Zweifel besteht, wende man sich an die Handwerkskammer. Wir halten es für selbstverständlich, daß die selbständigen Handwerker ihre heimkehrenden Gesellen und Lehrlinge überall wieder einstellen, soweit dies irgend möglich ist. Wer einer Innung angehört, der wendet sich am besten zunächst an den Innungsvorstand, wo er nach Möglichkeit Rat und Hilfe finden wird.

(Keine Zurückziehung von abkommandierten Kriegsgefangenen.) Im Auftrage des Arbeiter- und Soldatenrates teilt die Inspektion der Kriegsgefangenenlager 18. A. R., Frankfurt a. M., mit: An alle Arbeitgeber von Kriegsgefangenen ergeht die dringende Mahnung, unter keinen Umständen die Kriegsgefangenen aus eigenem Entschlusse kurzer Hand in ihr Lager zurückzuschicken. Die Lager sind derart überfüllt, daß sonst Katastrophen unausbleiblich sind. Die Arbeitgeber wollen vielmehr die bei ihnen befindlichen Kriegsgefangenen, selbst wenn keine Arbeitsmöglichkeit mehr für diese vorliegt, bis zum Abruf durch das Lager oder die Inspektion in Unterkunft und Verpflegung behalten. Die hieraus entstehenden Kosten trägt die Heeresverwaltung. Der Inspektion ist durch den Arbeitgeber sofort Mitteilung zu machen, sobald die Kriegsgefangenen frei werden und abtransportiert werden können. Alsdann ist der Abruf der Kriegsgefangenen unter allen Umständen abzuwarten. Selbstständig an das Lager gesandte Kriegsgefangene werden künftig kurzer Hand wieder zurückgeschickt. Nichtbeachtung dieser Vorschriften gefährdet auf das äußerste den eigentlichen Abtransport aus den Lagern.

(Der Preissturz in Lebensmitteln.) Der in neutralen Ländern einsetzte, macht sich auch bei uns fühlbar. Der plötzliche Waffenstillstand hat manchen Lebensmittelhändler unangenehm überrascht. Schon anfangs dieses Monats setzte in Holland der Preisrückgang ein. Butter, die dort früher 15 Mark kostete, wird heute bereits das Pfund zu 6 Mark angeboten. Eier, für die sonst auch dort bis zu 1 Mark gezahlt wurden, kann man jetzt schon zu 56 Pfg. haben. An der Grenze konnte man Salat für 8,40 Mk. das Liter kaufen, während sonst 36 Mk. gefordert wurden. Stückseife kostet 84 Pfg. Bezeichnend ist es auch, daß in Holland plötzlich wieder Margarine, Mehl, Stärke, Kaffee, Tee, Zucker, Bonbons zu haben sind, und alles viel billiger als früher. Auch Tee fiel um den dritten Teil des früheren Preises. Dadurch daß der Gewinn aus dem Schleißhandel nun klein ist, wird er bald aufhören, denn das Geschäft ist nicht mehr recht lohnend, umso mehr Nahrungsmittel werden für die öffentliche Bewirtschaftung frei, wodurch eine nicht unbedeutende Erhöhung der Rationen möglich wird. Es kann deshalb nicht oft genug daran erinnert werden, nichts mehr „Hinterherum“ zu kaufen. Hört das auf, dann gibt es „Vorherum“ genügend Lebensmittel zu gefunden Preisen. Es liegt also an den Verbrauchern, die Schleißhändlerherrschaft auszurotten.

Bad Ems, 28. Nov. Zu dem am Sonntag hier — wie schon gemeldet — zusammentretenden Allgemeinen Vertretertag des Feldheeres erscheinen auf Einladung des Vollzugsausschusses der Obersten Heeresleitung Vertreter

aller Heeresgruppen und Generalkommandos. Die Tagung nimmt Stellung zur Neugestaltung der Dinge im Reich.

**Montabaur, 29. Nov.** Dem Buchdruckereibesitzer und Kreisblatverleger Herrn Georg Sauerborn dahier wurde das Verdienstkreuz für Kriegshilfe verliehen. Auch dem Faktor in der Kreisblattdruckerei Herrn August Wermerskirch wurde diese Auszeichnung zu teil. Die Besitzzeugnisse für beide tragen das Datum vom 16. Oktober 1918. Herr Landrat Bertuch erschien gestern nachmittag in den Geschäftsräumen der Kreisblattdruckerei und überreichte den Genannten die obige Auszeichnung mit herzlichsten Glückwünschen.

**Koblenz, 25. Nov.** (Deutsche Ohrfeigen.) Die Mahnungen: „Wahret eure Würde, deutsche Frauen und Mädchen! scheinen nicht überall williges Ohr gefunden zu haben. Sogar in Koblenz ist es am Freitagnachmittag vorgekommen, daß sich ein deutsches Mädchen so weit vergessen hat, mit einem englischen Offizier, der auf der Karthause interniert ist, spazieren zu gehen. Zwei Landsturmlieuten, die des Weges kamen, schwoll, als sie dies sahen, der Ramm und sie verlegten dem Mädchen rechts und links Ohrfeigen, daß es eine Art war.

**Köln, 28. Nov.** Gestern nachmittag ist, wie der Polizeibericht meldet, vor einem Hause an der Krielerstraße ein hoher Kastenwagen mit Gepäckstücken und einer Feldkriegskasse mit 100 000 Mk. entwendet worden. Der Wagen war mit drei Pferden bespannt.

**Hilfscheid, 28. Nov.** Einige Schwindler brachten dieser Tage die Bewohner in Aufregung. Unter dem Vorgeben, vom Soldatenrat in Koblenz geschickt zu sein, um nach Sachen zu suchen, die in den Revolutionstagen angeblich in Koblenzer Magazinen gestohlen worden seien, wurde Hausdurchsuchung abgehalten. Sie „beschlagnahmen“ Stiefel, Anzüge, Uhren und dergleichen, worauf sie mit dem Raub auf Rimmerwiedersehen verschwanden.

**Vom Rhein, 28. Nov.** Einer Meldung der Nouvelle Correspondence zufolge teilt General March mit, daß die amerikanische Armee Koblenz gegen den 1. Dezember erreichen und diesen Brückenkopf zu diesem Zeitpunkt besetzen werde. Die Engländer würden Köln und die Franzosen Mainz besetzen.

**Frankfurt, 28. Nov.** Das Generalkommando des 18. Armeekorps wird vorläufig seinen Sitz nicht wieder in Frankfurt nehmen, sondern in Bad Nauheim. Das stellvertretende Generalkommando des 18. A.-K. dürfte demnächst aufgelöst werden.

**Fechenheim, 25. Nov.** (Noch keine Kunde vom Waffenstillstand?) Auf dem Bahnhof Fechenheim-Mainkur bei Frankfurt wurden am letzten Freitag, den 22. Nov., zum Gaudium aller Reisenden die Fenster des Bahnhofsgebäudes blau angestrichen. Als man die Anstreicher nach dem Grunde dieses „Blaumachens“ fragte, antworteten sie: „Das is wegen die Flieger. Wir haben gestern den Befehl dazu von oben gekriegt.“ Weder Waffenstillstand noch Revolution haben also im Bahnhof Mainkur den guten Amtsschimmel aus seiner Ruhe aufstören können. Es muß also noch ein stärkeres Ereignis eintreten.

**Kattowitz, 29. Nov.** Der Streik in Oberschlesien ist aufs schärfste neu entflammt. Auf dem Gräfin Johanna-Schacht und dem Gotthard-Schacht haben schwere Ausschreitungen stattgefunden. Auf dem Gräfin Johanna-Schacht wurden der Direktor und verschiedene Beamte schwer verletzt. Die Grubenarbeiter verlangten zuerst 18 Mark Schichtlohn, und als das bewilligt wurde, 25 Mk., außerdem Unmengen Lebensmittel. Auch auf anderen Gruben Oberschlesiens hat die Streikbewegung ernststen Charakter angenommen. Es kam wiederholt zu Sabotage. So meldet ein Drahtbericht aus Beuthen schwere Ausschreitungen ausländischer Gruppenschlepper. Bei der gestrigen Frühsschicht befanden sich von 65 ober-schlesischen Gruben 20 im Auslande.

### Zum Nullstundentag.

Der „Vorwärts“ schreibt: Die „Rote Fahne“ wendet sich gegen die „Freiheit“, die den von den Gewerkschaften erlangten Achtstundentag als einen Sieg des Prinzips feiert. Der Achtstundentag ist für das tüchtige Blatt etwa: längst überholtes, beinahe schon bürgerlich-reaktionäres die richtige proletarische und prinzipiell revolutionäre Forderung ist ihm der Sechsstundentag. Auf diesem Gebiete öffnet sich dem Radikalismus ein unbegrenztes Feld. Man kann irgendein Ueberredungskunstwerk namens Psemfert oder sonst wie kommen und erklären: Liebknecht und Rosa Luxemburg sind elende Wuschlappen, das Richtige ist nicht der Sechsstundentag der Vierstundentag. Auf diesem Wege würde man dem Ideal des Nullstundentages rasch nahe kommen.

Gegenüber solcher Demagogie muß ein ernstes Wort gesprochen werden. Natürlich ist es in einer Zeit der Arbeitslosigkeit möglich, daß die Schichten vorübergehend unzulänglich sind, auch noch unter den Achtstundentag herabgeleitet werden, um Entlassungen zu vermeiden und die vorhandenen Arbeits- und Entlohnungsmöglichkeiten aufrecht zu erhalten. Aber es ist gewissenlos, den Arbeitern einen solchen Notzustand als ein erstrebenswertes Ziel hinzustellen. Wir sind durch den Krieg verarmt und können nur durch Arbeit wieder reicher werden, dazu muß jeder an seinem Platz das Seine beitragen. Dann wird sich bei den wirklichen Arbeitern auch jene Arbeitsfreudigkeit einstellen, ohne die unser Volk einfach zugrunde gehen müßte. Ein Volk, das nicht arbeitet, kann auch sich und seinen Nachwuchs nicht ernähren. Die Schmutzkonkurrenz, die der Spartakusbund gegenüber der Sozialdemokratie und Unabhängigen in der Frage der Arbeitszeit treibt, appelliert nicht an proletarische, sondern an lumpenproletarische Instinkte, und ihr Erfolg wäre, daß die Arbeiterklasse verarmen würde.

## Verloren

in der Nähe Wirtschaft Klöbner Zinhain eine silb. Damen-Armbanduhr.

Gegen gute Belohnung abzugeben in der Geschäftsstelle d. Bl.

## Ordentliches Dienstmädchen

sofort oder später gesucht. Frau Direkt. Merbig Siegen, Friedrichstr. 14.

## Bettmöbelen

Alter u. Geschlecht angeben. Auskunft umsonst. Versandhaus Wohlfahrt, München 999, Isabellastr. 12

## Zwei schön möblierte Zimmer

in Marienberg in besserem Hause auf einige Monate von einem Herrn gesucht. Näheres in der Exped.

## Stempel

liefert billigt in kurzer Frist Carl Bungeoth, Hachenburg.

## Kleiderschränke

Stühle und Bettstellen  
Bettfedern und Dauen

empfiehlt

Berthold Seewald, Hachenburg.

## Als passende Geschenkartikel

empfiehlt

Herren- und Damenringe

in Gold, Double und Silber.

Uhrketten, Medaillons, Broschen, Ohrringe

Spezialit.: Fugenlose Trauringe

Ernst Schulte, Uhrmacher

Hachenburg.

## Männliche Arbeitskräfte

aller Art erhalten sofort geeignete Beschäftigung durch die unterzeichnete Vermittlungsstelle kostenlos nachgewiesen.

Meldesformulare sind bei den Bürgermeisterämtern der hier angeschlossenen Kreise erhältlich.

**Kreisarbeitsnachweis Limburg a. L.**

für die Kreise Limburg, Oberlahn, Oberwesterwald, Unterlahn, Unterwesterwald und Westerburg.

Der von uns herausgegebene

## Kreiskalender

für den Oberwesterwaldkreis

ist erschienen und kann in den Buchhandlungen Schnabelius = Marienberg, Ernst Millé = Marienberg und Bungeoth = Hachenburg, sowie von uns direkt zum Preise von 50 Pfg. bezogen werden.

Buchdruckerei Carl Ebner.

Heute morgen 5 1/2 Uhr entschlief sanft nach langem, schwerem Leiden unser lieber Vater, Schwiiggervater, Grossvater, Schwager und Onkel

## Landwirt Albert Pfeifer

im 74. Lebensjahre.

Marienberg, Langenbach, Schiersstein, den 20. November 1918.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Karl Pfeifer

Emilie Schuster  
geb. Pfeifer

Auguste Feger  
geb. Pfeifer

Albert Pfeifer

Emil Pfeifer

Emma Pfeifer  
geb. Gross

Die Beerdigung findet statt:

Dienstag, den 3. Dezember, nachm. 3 Uhr.

Vom Heeresdienst Entlassene können sofort bei uns in Arbeit treten.

**Gewerkschaft Alexandria**

Westerwälder Lignitkohlenbergwerk  
Höhn, Oberwesterwald.

## 20 tüchtige Maurer

für dauernde Beschäftigung sofort gesucht.

Friedrich Neuburger,

Baugeschäft,

Siegen, Jahnstraße 4.

## Mein Lager in Möbeln

ist wieder reichlich gefüllt:

komplette Schlafzimmer, Bettstellen  
Vertikows

sowie Küchenschränke, Glasschränke u. s. w.  
Anfertigung von Möbeln in eigener Werkstatt.

Karl Baldus, Hachenburg.

Milchseparatoren

Wendepflüge aller Art

Rübenschneider

Futterschneidmaschinen

Buttermaschinen

Obstpressen

Brockelmühlen

Räucherapparat (Qualm)

sofort ab Lager lieferbar.

Reparaturen aller landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte. Autogen Schweißung der kompliziertesten Brüche.

Filterfabrik Roth (Pillkreis).

## Räucherapparate

email. Herde

angekommen.

E. von Saint George,  
Hachenburg.